

**II-4975 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen**  
**des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 2436 7J

A N F R A G E

1983 -02- 09

der Abgeordneten DKFM. BAUER, DVW. JOSSECK  
an den Herrn Bundesminister für Finanzen  
betreffend Bundes-Verwaltungsabgabenverordnung 1983

Die Bundesregierung hat mit BGBl. Nr. 24 vom 21. Jänner 1983 die Bundes-Verwaltungsabgaben in zwanzig verschiedenen Bereichen mit Wirkung per 1. März 1983 kräftig erhöht. Generell bringt die Verordnung eine Erhöhung der Abgaben um 100% gegenüber 1968, einzelne Tarifposten werden sogar verzwanzigfacht.

Nach Auffassung der Anfragesteller ist dies als neuerlicher Versuch der Bundesregierung zu werten, durch Erhöhung der Bundeseinnahmen auf Kosten der Staatsbürger die Mittel für den Schuldendienst aufzubringen.

Darüberhinaus ist Zeitungsmeldungen zu entnehmen, daß dem Bundesministerium für Finanzen keine Berechnungen der mit dieser Maßnahme erzielbaren Mehreinnahmen vorliegen.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e:

1. Stehen Ihrem Ressort Berechnungen bezüglich der aus der Bundes-Verwaltungsabgabenverordnung 1983 erwachsenden Mehreinnahmen zur Verfügung ?
2. Welche Ausgabenansätze werden Sie mit Hilfe dieser Mehreinnahmen bedecken ?

Wien, 1983-02-10

1